

**Beschlüsse**  
der ordentlichen  
Bundeskonferenz der Arbeits-  
gemeinschaft SPD 60plus

vom 27. bis 28. Oktober 2012  
in Berlin

# BESCHLÜSSE

## Inhaltsverzeichnis

### SPD 60 plus - L - Leitantrag

- 001 Altern im Sozialstaat - Die AG SPD 60 plus arbeitet für eine gute Zukunft, also auch für die Rentnerinnen und Rentner von morgen und fordert die Leistungen des Sozialstaates für Ältere auszubauen: 17

**SPD 60 plus - O - Organisationspolitik**

SPD 60 plus - O001	Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD	26
SPD 60 plus - O002	Beitragsfreiheit	27
SPD 60 plus - O003	Vertretung aller Bundesländer im Bundesvorstand der AG 60plus	28
SPD 60 plus - O004	Gründung eines Arbeitskreises „Generationengerechtigkeit in der Klimakrise“	29

**SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege**

SPD 60 plus - GP002	Ärztmangel	30
SPD 60 plus - GP003	Lesbarkeit der Beipackzettel von Medikamenten	31
SPD 60 plus - GP004	Förderung des Senior*innensports	32
SPD 60 plus - GP005	Grundversorgungspflicht der Kommunen	33
SPD 60 plus - GP006	Überarbeitung des Pandemieplanes	34
SPD 60 plus - GP007	Nachbesserung der ambulanten Pflegereform	35
SPD 60 plus - GP008	Förderung Pflegegenossenschaften	36

### **SPD 60 plus - Kr - Krankenversicherung**

SPD 60 plus - Kr001	Entwicklung einer EXIT-Strategie für die private Krankenversicherung aus der Krankenvollversicherung	37
SPD 60 plus - Kr002	Abschaffung der Beitragsbemessungs- und Pflichtgrenze in der gesetzgesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und Pflegeversicherung (GPV)	38

**SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik**

SPD 60 plus - Soz001	Änderung des SGB XII	39
SPD 60 plus - Soz002	Antworten an Antragsteller im Sozialversicherungsrecht analog beim Krankenversicherungsrecht	40
SPD 60 plus - Soz005	Abschaffung der Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten und Direktversicherungen	41
SPD 60 plus - Soz007	Kleine Einkommen und Renten noch stärker von der Preisexplosion entlasten	42

**SPD 60 plus - R - Rentenpolitik**

SPD 60 plus - R001	Gerechtigkeitsfonds zur Einmalabfindung der Berufs- und Personengruppen der DDR für entgangene Rentenleistungen	43
SPD 60 plus - R002	Arbeitskreis Erwerbstätigenversicherung	45
SPD 60 plus - R003	Umgestaltung und Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente	46

**SPD 60 plus - D - Digitalisierung**

SPD 60 plus - D001	Novellierung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)	48
SPD 60 plus - D002	Ältere und Digitalisierung	49
SPD 60 plus - D003	Flächendeckend kostenfreies WLAN für Pflegeheimbewohner	50
SPD 60 plus - D004	Weitere Schritte zu digitaler Teilhabe	51
SPD 60 plus - D005	Ausbau digitaler Unterstützungsstrukturen für Ältere	52
SPD 60 plus - D006	Digitale Kompetenz	53



**SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik**

SPD 60 plus - Re001	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	54
SPD 60 plus - Re002	Altersdiskriminierung im Bereich der Finanzinstrumente	55
SPD 60 plus - Re003	Herstellung der Entscheidungsfreiheit des Menschen am Ende des Lebens	56
SPD 60 plus - Re004	Beweisumkehr finanzieller Mittel	57
SPD 60 plus - Re005	Unnötige Inhalts- und Zusatzstoffe	58

**SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende**

SPD 60 plus - E001	Abrechnungssystem Ladesäulen	59
SPD 60 plus - E002	Landstromverpflichtung	60
SPD 60 plus - E003	Schnell-Ladesäulen	61
SPD 60 plus - E004	Windenergie effektiver nutzen	62
SPD 60 plus - E005	Sicherung der Energieversorgung	63

**SPD 60 plus - W - Wirtschaftspolitik**

SPD 60 plus - W001	Forderung nach ordnungspolitischen Maßnahmen	64
SPD 60 plus - W002	Überführung von Unternehmen der Daseinsvorsorge mit Energie und Wasser in Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligungen der Gebietskörperschaften	65

**SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik**

SPD 60 plus - V001	Um die Klimaschutzziele zu erreichen brauchen wir endlich die Verkehrswende	66
SPD 60 plus - V002	LKW Überholverbot	68
SPD 60 plus - V004	Tempolimit jetzt	69
SPD 60 plus - V005	Gefahrlose Querung von Straßen	70

**SPD 60 plus - St - Steuerpolitik**

SPD 60 plus - St003	Schluss mit der Versteuerung von selbsterzeugtem Photovoltaikstrom auf den Anteil von eigengenutztem Strom	71
------------------------	---	----

**SPD 60 plus - A - Außenpolitik**

SPD 60 plus - A001 Resolution zum Krieg Russlands gegen die Ukraine

72

**SPD 60 plus - UB - Umweltpolitik/Baupolitik**

SPD 60 plus - UB001 Innenstädte für Folgen des Klimawandels umbauen

73

**SPD 60 plus - S - Sonstige**

SPD 60 plus - S001	Konzentration der Bundesministerien	74
SPD 60 plus - S002	Flächendeckendes 5G Netz	75



**SPD 60 plus - I - Initiativanträge**

SPD 60 plus - S 004	Verbot der Leistungseinstellung und Kündigung von Versorgungsverträgen durch Energieversorger	76
SPD 60 plus - S 005	Realisierung Wahlrechtsreform	77

## **Antrag 001: Altern im Sozialstaat - Die AG SPD 60 plus arbeitet für eine gute Zukunft, also auch für die Rentnerinnen und Rentner von morgen und fordert die Leistungen des Sozialstaates für Ältere auszubauen:**

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD 60 plus Bundesvorstand
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - L - Leitantrag

1 Präambel

2 Die Alterspyramide ist schon lange keine Pyramide mehr, inzwischen gleicht die  
3 Altersstruktur unserer Gesellschaft eher einem Baum mit einer relativ großen Krone.  
4 Im Rahmen der Demographie werden die Entwicklung der Bevölkerung und ihre Strukturen  
5 dargestellt. Wichtige Faktoren sind die Geburtenrate die Sterberate aber auch der  
6 Wanderungssaldo. Immer wieder stößt die demographische Entwicklung plötzlich auf  
7 Überraschung und die Frage: wie soll der dünne Stamm junger Leute die große Krone  
8 alter Menschen finanzieren? Dabei gibt es in der Demographie nur selten wirkliche  
9 Überraschungen, denn dass jemand, der vor 60 Jahren geboren wurde, heute 60 Jahre alt  
10 ist, hätte man auch vor 60 Jahren schon bemerken können. Und dass mit der Einführung  
11 der Antibabypille die Geburtenrate sinken würde, war auch nicht besonders  
12 überraschend.

13 In keinem Antrag, keiner Stellungnahme zum Thema Seniorenpolitik oder Politik für die  
14 über 60-jährigen, fehlt in der Einleitung der Hinweis auf die demographische  
15 Entwicklung – auf die es nun plötzlich zu reagieren gilt, denn die „Babyboomer“ (hohe  
16 Geburtenrate zwischen 1945 und 1965) scheiden aus dem Arbeitsleben aus und die  
17 „Pillenkicker (steil abfallende Geburtenrate nach etwa 1965), müssen alles  
18 finanzieren, erarbeiten.

19 Und schon ist der Gedanke demographisch eingemauert, weil die Anzahl von jungen und  
20 alten Menschen nur wenig darüber aussagt, wie es einer Gesellschaft geht. Und gäbe es  
21 nur ganz wenige ältere Menschen und ganz viele junge – wenn die Jungen in der aktiven  
22 Berufsphase keine oder nur schlecht bezahlte Arbeit haben, geht es ihnen selbst,  
23 ihren Kindern und auch den Alten schlecht. Wenn aber die aktiv im Berufsleben  
24 stehenden eine hohe Produktivität haben, etwa durch Bildung und Forschung,  
25 Automatisierung, Digitalisierung, bessere Ernährung oder ein leistungsstarkes  
26 Gesundheitssystem, ein effektiveres Verkehrssystem – aber auch weil die zuvor aktiv  
27 arbeitende Generation eine gute Infrastruktur hinterlassen hat – können Wohlstand  
28 bzw. Lebensstandard insgesamt steigen, obwohl die Pyramide fast auf dem Kopf steht.

29 Darüber wird nicht immer gern gesprochen, denn dann würde schnell deutlich, dass wir  
30 kein Problem mit der demographischen Entwicklung, kein Problem zwischen Jung und Alt  
31 haben, sondern zwischen Arm und Reich. Denn die Arbeitsergebnisse der aktuell aktiv

32 arbeitenden Altersgruppe werden nicht gleich, auch nicht fair, sondern extrem  
33 ungleich verteilt, wie schon in der Vorgängergeneration – deshalb gibt es die  
34 gravierenden Unterschiede bei den Einkommen und noch stärker bei den Vermögen. Und  
35 die Vermögen hängen zu einem großen Teil von Erbschaften ab, bzw. von unserer „Kultur  
36 des Erbens“.

37 Allerdings war dies auch schon zu Zeiten so, als die heutigen Rentnerinnen und  
38 Rentner, Pensionärinnen und Pensionäre all das geschaffen haben, worauf heute  
39 aufgebaut werden kann – im Guten, wie im Schlechten. Die enorme Wirtschaftskraft und  
40 den heutigen Wohlstand verdanken wir den Nachkriegsgenerationen, denen ein zerstörtes  
41 Land hinterlassen wurde. Eine enorme Aufbauleistung. Leider kam es aber statt eines  
42 sozialökologischen Umbaus der Industriegesellschaft zur Klimakrise. Umwelt, Natur und  
43 besonders fossile Ressourcen wurden kurzfristigen Gewinnen endgültig geopfert – die  
44 Rettung von Umwelt und Natur erfordert deshalb heute umso größere Anstrengungen.

45 Für diese Überlegung gibt es nur in Friedenszeiten Raum. Langfristig auch nur bei  
46 nachhaltiger Produktion und Lebensweise – andernfalls wird schließlich alles von  
47 Krieg oder Umwelt- und Klimareparatur aufgeessen. Deshalb sind Arbeit und  
48 Engagement der AG SPD 60 plus nicht auf die Lebenslagen älterer Menschen reduziert.  
49 Im Gegenteil: die AG SPD 60 plus kümmert sich generationenübergreifend um unsere  
50 Solidargemeinschaft bzw. um die Verstärkung von Solidarität in unserer Gemeinschaft.

51 Wenigstens in einem Lebensbereich spielt das Zahlenverhältnis von Jung und Alt oder  
52 genauer: von Gesund und Krank oder Pflegebedürftig allerdings doch eine große Rolle:  
53 in der Kranken und Altenpflege, weil sich so mancher Handgriff, Zuneigung, Streicheln  
54 und so manches (therapeutische) Gespräch nicht vom Computer oder durch  
55 Effizienzsteigerung ersetzen lässt.

56 Unsere Erfahrung lehrt uns, dass wir schon bisher kein Erkenntnisproblem hatten,  
57 sondern ein Mehrheitsproblem. Viele vernunftbegabte Entscheidungen, die rechtzeitig  
58 möglich gewesen wären, wurden von jenen blockiert, die stets nur auf den schnellen  
59 Euro, den nächsten Bilanzstichtag, den Börsenkurs oder ihre parteiliche Klientel  
60 schauen. Dies gilt im Parlament wie außerhalb des Parlaments. Dies galt in der  
61 Vergangenheit und es gilt oft noch heute.

62 Die Alterspyramide hat aber nicht nur ihre Form verändert, auch die Zahlen bzw.  
63 Altersangaben müssen wir anders interpretieren – das Altersbild hat sich gravierend  
64 geändert, verbessert: Ein Alter von 60 Jahren (unserer Eltern) war vor einem halben  
65 Jahrhundert etwas Anderes als es ein Alter von 60 Jahre heute im Jahr 2022 ist. Die  
66 Lebenserwartung war deutlich kürzer, die Gesundheit stärker unter Druck, Mobilität  
67 und Aktivität im Vergleich zu heute deutlich reduziert – nach dem Ausscheiden aus dem  
68 Berufsleben, lebten wir früher nur wenige Jahre, heute im Durchschnitt bald noch 20  
69 Jahre.

70 Und so erklärt es sich, dass die AG SPD 60 plus sich neben den Themen, die sich fast  
71 von selbst verstehen, wie Pflege, Überwindung der Einsamkeit im Alter, ethische  
72 Fragen am Lebensende, Bildung, speziell digitale Bildungsangebote zum Erwerb  
73 digitaler Kompetenzen und der Zugang zum Internet und Altersversorgung für ein Leben  
74 in Würde, auch um Friedenspolitik, Arbeitsmarkt- und Industriepolitik, Forschung und

75 Lehre, Kulturpolitik und insbesondere um Sozial und Gesundheitspolitik kümmert. Dabei  
76 spielt die Altersvorsorge, Rente oder Pension, eine besondere Rolle. Auch wenn Rente  
77 und Pension nach dem Berufsleben wichtig sind – eigentlich handelt es sich um ein  
78 Thema der Jusos. Denn in „jungen Jahren“ – der Arbeitsphase – entscheidet es sich,  
79 welche Ansprüche für den Lebensstandard im Alter existieren. Der materielle Wert  
80 diese Ansprüche im Alter hängt dann natürlich wieder ab vom Arbeitsergebnis und  
81 seiner gesellschaftlichen Verteilung der dann aktiv arbeitenden Generation.

82 Das ist einer der Gründe, warum uns starke Gewerkschaften wichtig sind – schwache  
83 Gewerkschaften bedeuten niedrige Löhne, prekäre Beschäftigung, schlechtere soziale  
84 Absicherung, ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen und schließlich  
85 niedrige Renten, wenn nicht sogar Altersarmut.

86 Aus den gleichen Gründen ist uns ein starker Staat wichtig – ein schwacher Staat  
87 überlässt gemeinwirtschaftliche Aufgaben und Aufgaben der sozialen Sicherheit wie der  
88 Gesundheitsversorgung allzu gern den Marktkräften. Im Markt ist jeder frei, sich für  
89 oder gegen etwas zu entscheiden. Was zu teuer ist oder was nicht gefällt, wird nicht  
90 gekauft oder der Kauf wird verschoben. Aber beispielsweise Wohnen lässt sich nicht  
91 gut auf nächstes Jahr verschieben, Wassertrinken ebenso wenig und eine Krankheit will  
92 behandelt werden, weil auch sie sich nicht einfach auf später verschieben lässt oder  
93 auf einen Zeitpunkt, in dem man sich die Krankheit wieder leisten kann.

94

#### Antrag

95 Altern im Sozialstaat

96 Die AG SPD 60 plus arbeitet für eine gute Zukunft, also auch für die Rentnerinnen und  
97 Rentner von morgen und fordert die Leistungen des Sozialstaates für Ältere  
98 auszubauen:

99 • Das Alterseinkommen muss ein Leben in Würde ermöglichen, ohne den Zwang länger als  
100 gesetzlich vorgesehen arbeiten zu müssen.

101 • Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung in der Gesetzlichen Rentenversicherung  
102 (GRV), an der sich alle beteiligen.

103 • Das Gesundheitssystem unter Einschluss von Prävention und Rehabilitation und  
104 ausreichenden Krankenhauskapazitäten und ärztlicher Versorgung – auch in dünner  
105 besiedelten (ländlichen) Landesteilen – muss stärker ausgebaut werden.

106 • Langfristig wollen wir als Finanzierungsbasis eine Bürgerversicherung in der  
107 Gesetzlichen Krankenversicherung.

108 • Die Pflegeversicherung soll zu einer Pflegevollversicherung weiterentwickelt werden  
109 – damit stabilisieren wir auch die – durch das Tariftreue-Gesetz (1. September 2022)  
110 – erreichte Tarifentlohnung in der Pflege.

111 • Die Qualität der Pflege und die Anwendung notwendiger technischer Hilfsmittel  
112 –Assistenzlösungen zur Unterstützung des Alltags für ein selbstbestimmtes Leben,  
113 auch Ambient Assisted Living (AAL, oder Active Assisted Living) genannt – dürfen  
114 nicht vom Geldbeutel der zu Pflegenden abhängen.

115 Altern im Rechtsstaat

116 Zur Bekämpfung von Altersdiskriminierung fordern wir:

117 Gesundheitsleistungen für ältere Menschen dürfen ab einem bestimmten Alter nicht  
118 eingeschränkt werden.

119 • Regelungen zur Gleichbehandlung Älterer in der Krankenversicherung, bei Finanz- und  
120 sonstigen Versicherungsdienstleistungen, dies gilt insbesondere für die Kreditvergabe  
121 im Alter

122 • Die Aufhebung der Altersgrenze für das Schöffenamtsamt. (nach § 33  
123 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), dürfen Personen, die „das siebzigste Lebensjahr  
124 vollendet haben ...“, nicht zum Amt eines Schöffen berufen werden.)

125 • eine Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), um den  
126 Diskriminierungen älterer Menschen bei privatrechtlichen Geschäften, Ehrenämtern und  
127 politischen Funktionen zu begegnen.

128 Altern im Cyberstaat

129 Um auch im digitalen Raum Barrieren abzubauen, fordern wir:

130 • in Analogie zur ambulanten Pflege, aufsuchende Beratung und Fortbildung für ältere  
131 Menschen zur Erschließung der digitalen Welt und damit eine Verbreiterung  
132 gesellschaftlicher Teilhabe, der Begegnung von Vereinsamung, der positiven  
133 Beeinflussung der Gesundheit und der Steigerung der Lebensfreude

134 • für Pflege- und Altenheime funktionierende Internetverbindungen und Beauftragte,  
135 die sowohl Pflegekräfte als auch Bewohnerinnen und Bewohner bei der Anwendung  
136 digitaler Technologien unterstützen

137 • die finanzielle Förderung der Hardware, Software und Internetzugänge für  
138 einkommensschwache Haushalte

139 • den Ausbau des Netzes von digital unterstützten Notrufeinrichtungen z.B. in  
140 öffentlichen Einrichtungen und Verkehrsmitteln weiter auszubauen

141 • die Sicherstellung der Gleichzeitigkeit von digitalem und analogem Zugang zu  
142 öffentlichen Dienstleistungen, aber auch zu privat angebotenen Leistungen,  
143 beispielsweise Versicherungsleistungen.

144 Ruhestand braucht Bewegung

145 Wenn sich viele Leute nicht oder nicht gut im Dorf oder in der Stadt, oder über Land  
146 bewegen können, kommt wenig Besuch, aber viel Einsamkeit in die Wohnung. Die  
147 selbstbestimmte Teilhabe am kulturellen Leben, die Familienkontakte, auch der  
148 intergenerationelle Austausch – das Gespräch mit den Enkeln – bleiben auf der  
149 Strecke. Erfahrungswissen geht verloren.

150 Deshalb fordert die AG SPD 60 plus:

151 • den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs mit Blick auf  
152 Mobilitätsanforderungen und -bedürfnisse älterer Menschen

153 • einen erträglichen Takt (Wartezeiten von einer Stunde sind nicht erträglich) und  
154 Fahrpreise, die ältere Menschen mit geringen Einkommen nicht ausgrenzen, etwa ein  
155 Ticket zum Preis von einem Euro pro Tag für Ältere, Studierende, Auszubildende...

156 • altersgerechte Lösungen in der Verkehrsplanung und der baulichen Realisierung von  
157 verkehrlichen Einrichtungen (die sind auch familiengerecht, behindertengerecht, ...) –  
158 etwa die Dichte und Verteilung von Haltestellen oder auch „kleinere“ Anforderungen,

159 wie Fahrkartenautomaten, deren Tastatur, deren Monitor, und deren Programmlogik  
160 seniorengerecht sind und deren Monitore sogar bei Sonnenschein lesbar sind.

161 Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf  
162 Ja: – Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf – aber wenigstens muss man sich die  
163 Wohnung leisten können. In einer Zeit, in der die Mieten explodieren, weil in vielen  
164 Städten der Wohnraum extrem knapp wird, weil Wohnraum plötzlich zur Ferienwohnung  
165 wird, in einer Zeit, in der Wohnraum nicht barrierearm ist, weil der altersgerechte  
166 Wohnungsneubau und Umbau nicht mehr zu bezahlen ist, in einer Zeit, in der die  
167 Versorgung mit bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum in einem lebenswerten  
168 Wohnumfeld für viele (auch Ältere) gefährdet ist.

169 Deshalb fordert die AG SPD 60 plus nicht nur in einer solchen Zeit:

- 170 • einen gesetzlich geregelten Mietenzwang, um den Mieterinnen und Mietern in
- 171 angespannten Wohnungsmärkten eine Atempause zu geben,
- 172 • die Beschränkung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sowie
- 173 Eigenbedarfskündigungen, um Missbrauch und Verdrängung zu verhindern,
- 174 • die Schaffung von mehr Sozialwohnungen – insbesondere in der Hand gemeinnütziger
- 175 Gesellschaften in öffentlicher Hand oder Genossenschaften, um mit einer gewissen
- 176 Marktmacht das Mietniveau zu senken,
- 177 • die verstärkte Förderung von altersgerechtem (und damit mindestens barrierearm oder
- 178 behindertengerecht) Wohnungsumbau,
- 179 • die Einrichtung eines zentralen Immobilienregister zur Förderung der Transparenz
- 180 auf dem Wohnungsmarkt,
- 181 • die Scharfstellung des „Mietwucher-Paragrafen“ (§5 Wirtschaftsstrafgesetz,
- 182 „Mietpreisüberhöhung“, Miete mehr als 20 Prozent über der ortsüblichen
- 183 Vergleichsmiete),
- 184 • die Anhebung der Förderung von gemeinschaftlichen Wohnformen –
- 185 Mehrgenerationenwohnen, Wohngemeinschaften, genossenschaftliches und betreutes
- 186 Wohnen.

187 Immer wieder der Enkeltrick. Mit zunehmendem Alter steigt oft das  
188 Sicherheitsbedürfnis – auch weil ältere Menschen, so häufig in den Medien berichtet,  
189 Opfer altersspezifischer Straftaten werden.

190 Altern in Sicherheit

191 Die AG SPD 60 plus fordert deshalb:

- 192 • den Aufbau oder den Ausbau polizeilicher Beratungsstellen und gezielte
- 193 Präventionsprogramme zum Schutz der Älteren
- 194 • ein Aufklärungsinitiative zum Schutz vor Internet-Kriminalität (z. B.
- 195 Identitätsdiebstahl, Bots-Mails, ...)
- 196 • bei der anstehenden Reform des Betreuungsrechts, insbesondere im Bereich der
- 197 Vermögenssorge, Prävention und strafrechtliche Verfolgung von Vermögensdelikten in
- 198 Betreuungsverhältnissen, wirksam zu regeln.

199 Wir schließen uns der Forderung des DGB nach einer Verbesserung des  
200 Verbraucherschutzes und der Verbraucherschutzberatung an und fordern Bundestag die  
201 Bundesregierung auf:

- 202 • die „zum Schutz der Verbraucher\*innen notwendigen Rechtsnormen in verschiedenen  
203 Gesetzen in einem Verbraucherschutzgesetz zusammenzufassen und verständlich zu  
204 kommentieren und dabei die Interessen älterer Menschen angemessen zu  
205 berücksichtigen.“
- 206 Bildung für lebenslanges Altern
- 207 Politische und kulturelle Bildung, lebenslanges Lernen, also Lernen/Bildung und  
208 Bildungsangebote auch für Ältere als notwendige Voraussetzung gleichberechtigter  
209 Teilhabe gehören als Standardrepertoire in jede Grundsatzrede – und doch finden wir  
210 im Nationalen Bildungsbericht 2022 den Bildungsbegriff auf Bildung von Menschen im  
211 erwerbfähigen Alter reduziert. Und trotz nicht zu unterschätzender Anstrengungen,  
212 etwa der Volkshochschulen, Migrantinnen und Migranten in deutscher Sprache zu  
213 unterrichten, fehlen Strukturen, die Sprachbarrieren im Zusammenhang von Migration,  
214 systematisch, schnell genug und dauerhaft abbauen. Für ältere Migrantinnen und  
215 Migranten wäre ein solches Angebot besonders wichtig. Aber auch mit Blick auf die  
216 Arbeitsmigration – Pflege, Gesundheitsdienste, Handwerk, Dienstleistung und  
217 Digitalisierung – müssen die Strukturen zur Sprachvermittlung verbessert werden.
- 218 Die AG SPD 60 plus fordert deshalb
- 219 • Gesundheitsleistungen ab einem bestimmten Alter sind nicht einzuschränken. In  
220 Deutschland wird z. B. das Mammographie-Screening nur bis zum Ende des 70. Lebensjahr  
221 gezahlt.
- 222 • in der Nationalen Bildungsberichterstattung im Rahmen einer systematischen  
223 Gesamtbetrachtung des Bildungssystems auch die Bildung im Alter mitaufzunehmen,  
224 • die in Folge der Nationalen Bildungsberichterstattung gewonnenen Erkenntnisse in  
225 praktische Gesetzgebung und schließlich konkrete Angebote (in Städten und Gemeinden)  
226 umzusetzen, also
- 227 • Bildungsangeboten an Weiterbildungseinrichtungen und Hochschulen, auch  
228 beispielsweise in Mehrgenerationenhäusern altersgerecht auszubauen,  
229 • Bildungseinrichtungen zu nutzen oder zu schaffen, die sich speziell in der  
230 sprachlichen Integration von Migrantinnen und Migranten engagieren.
- 231 Mitmischen im Alter
- 232 Spätesten seit dem 6. Altenbericht der Bundesregierung wissen wir, dass die „aktuell  
233 vorherrschende Altersbilder (vielfach) noch auf der Wahrnehmung früherer  
234 Generationen“ beruhen. Auch weil sich unser Selbstwertgefühl oft sehr stark über  
235 Arbeit definiert, werden Ruheständler häufig (unausgesprochen) als Belastungsfaktor  
236 gesehen – Gesundheitskosten, Pflegekosten, Renten, Pensionen. Wie lange diese  
237 „Alterskohorte“ der über 60-jährigen noch sehr aktiv ist, wie dynamisch sie ist im  
238 Ehrenamt, in der Kultur, in der Politik, in der häuslichen Pflege und der  
239 Kinderbetreuung, wird oft nicht gesehen.
- 240 Die AG SPD 60 plus fordert deshalb:
- 241 • die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren zu verbessern  
242 bzw. zu erleichtern – ein Instrument ist die bessere rechtliche Sicherung der  
243 Stellung der Seniorenräte,  
244 • die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte in kommunalen politischen Gremien zu

- 245 verbessern und dies landesgesetzlich einheitlich zu definieren,  
246 • als bundeseinheitlichen Rahmen ein Seniorenbeteiligungsgesetz mit einem  
247 Rechtsanspruch auf Beteiligung zu unterlegen, denn in keiner Sonntagsrede fehlt  
248 bisher die Forderung nach „Partizipation“,  
249 • die Unterstützung von Engagement, sozialer Sicherung, Alltagshilfen, ..., durch ein  
250 Altenhilfestrukturgesetz zu konkretisieren. Das wäre die Vorbereitung einer  
251 zukunftsfähigen Altenhilfestruktur, um schließlich dem Anspruch „gleiche  
252 Lebensverhältnisse“ in Stadt und Land und überall Rechnung zu tragen.
- 253 Besteuerungsverfahren vereinfachen  
254 Einkommenssteigerungen, beispielsweise hinzugekommene Hinterbliebenenrenten, können  
255 das Einkommen verbessern und die Steuerpflicht auslösen. Auch aufgrund des seit 2005  
256 begonnenen Übergangs von der vorgelagerten zur nachgelagerten Besteuerung, erhöht  
257 sich die Anzahl der steuerpflichtigen Rentnerinnen und Rentner von Jahr zu Jahr. In  
258 2022 sind etwa ein Drittel von 21,8 Millionen Rentnerinnen und Rentnern  
259 steuerpflichtig. Steuerpflicht gilt, wenn der steuerpflichtige Teil der  
260 Jahresbruttorente den Grundfreibetrag von 10.347 Euro pro Jahr (2022 für  
261 Alleinstehende) übersteigt. Für Verheiratete gilt der doppelte Betrag. Nicht selten  
262 müssen dann ältere Menschen erstmals nach dem Arbeitsleben wieder eine  
263 Steuererklärung abgeben.
- 264 Die AG SPD 60 plus fordert deshalb  
265 • Die Möglichkeit zu prüfen, dass die Rentenversicherungsträger – in Analogie zum  
266 Arbeitgeber, der die Steuer des Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin an das  
267 Finanzamt abführt – die Steuer direkt an das Finanzamt abführen.
- 268 Altern in Europa  
269 Alle wichtigen auf die ältere Generation bezogenen Themen und Forderungen, die sich  
270 auf der politischen Tagesordnung Deutschlands finden, finden sich auch in der  
271 Europäischen Union: Gesundheit, Pflege, Wohnen und Mobilität, Einsamkeit, Angst vor  
272 Kriminalität und Rechtsextremismus, Diskriminierung (auch durch Ausgrenzung bei  
273 Kredit- oder Versicherungsgeschäften), Ausgrenzung und kultureller und materieller  
274 Verarmung.
- 275 Das zeigt sich auch in dem Anfang 2021 veröffentlichten Grünbuch der Europäischen  
276 Kommission zum Thema Altern. Auch die ESO (European Senior Organisation) – PES-  
277 Seniors (Party of European Socialists) hat an der Konsultation mitgewirkt, und als  
278 ESO-Mitgliedsorganisation war die AG SPD 60 plus an der inhaltlichen Gestaltung des  
279 ESO-Beitrags beteiligt.
- 280 Nach dieser guten Vorarbeit ist es unverstänlich und für eine große Alterskohorte  
281 der über Sechzigjährigem sehr enttäuschend, dass die Europäische Kommission keine  
282 Folgemaßnahmen zu diesem Grünbuch vorsieht – und sogar darauf verzichten will, eine  
283 globale Strategie für das Altern in einem Weißbuch über das Thema Altern zu  
284 entwickeln.
- 285 Deshalb fordert die AG SPD 60 plus von unserer Regierung  
286 • die Kommission aufzufordern, als Folgemaßnahme zu ihrem Grünbuch und den Beiträgen



- 287 der Zivilgesellschaft, ein Weißbuch zum Thema Altern auszuarbeiten.
- 288 Unsere Anforderungen an ein Weißbuch sind hoch, wenige Beispiele:
- 289 • Altersarmut – Bekämpfung der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, auch unter
  - 290 den Senioren. In diesem Zusammenhang schlagen wir unter anderem einen europäischen
  - 291 Rahmen für eine Mindestrente oder ein Mindesteinkommen vor, aber auch die
  - 292 automatische Zuweisung von Rechten. Wir bitten auch um besondere Aufmerksamkeit für
  - 293 das genderspezifische Lohn- und Rentengefälle.
  - 294 • Sicherung der Rentenfinanzierung durch einen europäischen Beitrag zu einem
  - 295 gerechten Steuersystem, durch eine soziale Neu-Orientierung der europäischen
  - 296 Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik.
  - 297 • Investitionen in Einrichtungen wie altersgerechtes Wohnen, maßgeschneiderte Pflege,
  - 298 Gesundheitsversorgung, Dienstleistungen und dies im Kontext „altersfreundlicher
  - 299 Gemeinden und Städte“, wie im entsprechenden WHO-Programm beschrieben.
  - 300 • Verpflichtung zur hinreichend langen Aufrechterhaltung analoger Dienste – die
  - 301 zunehmende Digitalisierung von Dienstleistungen darf nicht zur Ausgrenzung von
  - 302 Senioren führen.
  - 303 • Die Ausarbeitung einer europäischen Strategie für die Gleichstellung des Alters
  - 304 oder eines Aktionsprogramms gegen Altersdiskriminierung und für Solidarität zwischen
  - 305 den Generationen, die politische Optionen aufzeigen, U.a. um eine gleichberechtigte
  - 306 Teilhabe an der Gesellschaft für alle Altersgruppen zu erreichen, den
  - 307 gleichberechtigten Zugang zu Arbeit und Dienstleistungen zu fördern, das Recht auf
  - 308 ein angemessenes Einkommen und Förderung des Zugangs zu Gesundheitsversorgung und
  - 309 Pflege.
  - 310 • Eine Richtlinie zur Altersdiskriminierung sollte hier ein rechtsverbindliches
  - 311 Mittel bieten. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen in der Covid-19-Pandemie
  - 312 fordern wir die Einrichtung von Überwachungsinstrumenten durch die Union und die
  - 313 Mitgliedstaaten zur Einhaltung der Grundrechte für ältere Menschen.
- 314 Seniorenrechte im Grundgesetz und bei der UNO
- 315 Artikel 1 im Grundgesetz – und alles ist gesagt: „Die Würde des Menschen ist
- 316 unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen
- 317 Gewalt.“
- 318 Deshalb fordert die AG SPD 60 plus:
- 319 • auch die Rechte von Seniorinnen und Senioren in Art. 3 Grundgesetz, also neben
  - 320 Geschlecht, Abstammung, Glauben, ... auch „Alter“ aufzunehmen, um Menschen vor
  - 321 Altersdiskriminierung zu schützen und Benachteiligung aufgrund eines bestimmten
  - 322 Alters zu vermeiden.
- 323 Wir fordern außerdem
- 324 • ein Bekenntnis des Bundestages und der Bundesregierung zur Forderung einer UN-
  - 325 Altenrechtskonvention.
- 326 Im Generationenvertrag ist geregelt, dass diejenigen, die im Berufsleben stehen, die
- 327 Generation unterstützt, die sich im Ruhestand befindet. Leider werden immer weniger

- 328 Kinder geboren. Unser Land braucht dringend eine familienfördernde Politik, die  
329 Familie und Arbeit besser verbindet. Kinder dürfen kein Armutsrisiko darstellen und  
330 eine gute Schulausbildung ist das beste Kapital auf dem Lebensweg.

**Empfänger\*in(nen):**

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

Arbeitspapier für den Bundesvorstand

SPE-Fraktion

## Antrag SPD 60 plus - 0001: Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	überwiesen an den SPD 60 plus Bundesvorstand
<b>Antragskommission:</b>	Überweisung an den SPD 60 plus Bundesvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - O - Organisationspolitik

- 1 Die SPD 60plus Bundeskonferenz fordert den Parteivorstand auf, die Richtlinien für
- 2 die Arbeitsgemeinschaften im Punkt 4. Organe, zu überarbeiten und im Unterpunkt b)
- 3 Länderrat/Bundesausschuss neu zu formulieren.
- 4 Der hier genannte Länderrat bzw. Bundesausschuss tagt 2 mal jährlich um die Arbeit
- 5 des Bundesvorstandes aus Sicht der Länder zu unterstützen. und Bezirken gewählten
- 6 Vertreter\*innen soll ausschließlich die genannten Aufgaben durchführen. Die Punkte
- 7 aa), bb) und cc) sind entsprechend zu ändern.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Parteivorstand

## Antrag SPD 60 plus - 0002: Beitragsfreiheit

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Bezirk Hannover
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - O - Organisationspolitik

- 1 Langjährige Mitglieder können auf Wunsch aus wirtschaftlichen Gründen von dem
- 2 zuständigen Ortsvereinsvorstand Beitragsfrei gestellt werden.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundesparteitag

## Antrag SPD 60 plus - 0003: Vertretung aller Bundesländer im Bundesvorstand der AG 60plus

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesorganisation Hamburg
<b>Status:</b>	überwiesen an den SPD 60 plus Bundesvorstand
<b>Antragskommission:</b>	Überweisung an den SPD 60 plus Bundesvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - O - Organisationspolitik

- 1 Der Parteivorstand wird aufgefordert, die „Grundsätze und Richtlinie für die
- 2 Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD gemäß § 10 des Organisationsstatuts
- 3 der SPD“ bezüglich der Regelungen über den Bundesvorstand der AG 60plus in Ziffer I.
- 4 4. c) aa) Satz 1 dahingehend abzuändern, dass unter angemessener Vergrößerung der
- 5 maximalen Zahl der Mitglieder des Bundesvorstands ein Platz für jedes Bundesland im
- 6 Bundesvorstand vorgesehen wird.

## Antrag SPD 60 plus - 0004: Gründung eines Arbeitskreises „Generationengerechtigkeit in der Klimakrise“

Antragsteller*in:	Unterbezirk Velbert
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - O - Organisationspolitik

- 1 Der Bundesvorstand (BuVo) der AG SPD 60 plus wird aufgefordert, einen Arbeitskreis
- 2 „Generationengerechtigkeit in der Klimakrise“ zu initiieren.
- 3 Dieser AK soll bundesweit, unabhängig von Regionen, hierarchischen Strukturen und
- 4 inhaltlichen Vorgaben auf Basis der sozialdemokratischen Programmatik allen
- 5 Mitgliedern der AG SPD 60 plus zur Mitarbeit offenstehen.
- 6 Der BuVo soll zeitnah zur Initiierung des AK ein dreiköpfiges vorläufiges
- 7 Koordinationsteam benennen, das die Arbeitsgrundsätze vorschlägt. Nach Zustimmung des
- 8 Bundesvorstandes zu den Arbeitsgrundsätzen soll der BuVo das vorläufige
- 9 Koordinationsteam bei der Einladung zur Gründungssitzung des AK unterstützen.
- 10 In den Arbeitsgrundsätzen ist folgendes zu berücksichtigen:
- 11 • Der Arbeitskreis dient den „Klimainteressierten“ unserer AG als Plattform zur
- 12 Information, zur Diskussion und um Ergebnisse zusammen zu erarbeiten.
- 13 • Die Arbeitsweise ist digital. Bei entsprechenden technischen Möglichkeiten sind
- 14 hybride Sitzungen (Präsenz und Online) wünschenswert.
- 15 • Der AK benötigt im Wesentlichen nur eine Unterstützung für die digitale
- 16 Arbeitsumgebung (Cloud, Videokonferenztool etc.).
- 17 • Wie alle vom BuVo eingerichteten AKs erhält der AK Antrags- und Redeberechtigung
- 18 auf dem Bundeskongress der AG SPD 60 plus.
- 19 • Der AK soll nicht als „abgehobenes Expertenteam“ wirken, sondern soll die AG-
- 20 Mitglieder mit aktuellen und generellen Themen des Klimawandels auf ihrer Ebene
- 21 abholen, mit Informationen versorgen und die politische Diskussion auf den
- 22 verschiedenen Ebenen initiieren und unterstützen.

### Empfänger\*in(nen):

SPD 60 plus Bundesvorstand

## Antrag SPD 60 plus - GP002: Ärztemangel

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 1. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich mit Nachdruck dafür
- 2 einzusetzen, dass die Versorgung durch Hausärzt\*innen, vor allem im ländlichen
- 3 Bereich, aber auch in den touristischen Hochburgen, durch geeignete Anreize gesichert
- 4 werden kann. Hierfür sind bundesgesetzliche Voraussetzungen zu schaffen.
- 5 Die gleiche Forderung gilt für die Versorgung durch Fachärzt\*innen aller
- 6 Fachbereiche.
- 7 Grundlage für eine ausreichende Versorgung kann nicht der von den Kassenärztlichen
- 8 Vereinigungen festgelegte Schlüssel bezogen auf die Einwohner\*innenzahl sein, sondern
- 9 hier sind die touristischen Übernachtungszahlen unbedingt mit einzubeziehen.
- 10 2. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für den Erhalt von Standorten
- 11 für Haus- und Fachärzt\*innen in ländlichen Regionen einzusetzen und dafür ein
- 12 bundeseinheitliches Gesetz zu schaffen. Neue Zulassungen sollen künftig für
- 13 bestehende, oder in unmittelbarer Nähe befindliche, Standorte vergeben werden.
- 14 3. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich intensiv und zeitnah dafür
- 15 einzusetzen, dass
- 16 a) ein Transparenzregister zu den Investments in Arztpraxen und in Medizinische
- 17 Versorgungseinrichtungen geschaffen wird,
- 18 b) die Möglichkeiten derartiger Investments gestoppt, zumindest begrenzt und
- 19 durch staatliche Vorgaben gesteuert werden.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktionen

## Antrag SPD 60 plus - GP003: Lesbarkeit der Beipackzettel von Medikamenten

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Bezirk Hessen-Nord
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert durch eine gesetzliche Regelung
- 2 sicherzustellen, dass die Beipackzettel von Medikamenten durch die Pharmaindustrie in
- 3 einer „allgemeinverständlichen Sprache“ für den Durchschnittspatient\*innen, verfasst
- 4 und durch ein größeres Druckbild besser lesbar gemacht werden.

### **Empfänger\*in(nen):**

SPD-Bundestagsfraktion



## Antrag SPD 60 plus - GP004: Förderung des Senior\*innensports

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Ein Fonds zur Förderung speziell des Senior\*innensports für Initiativen und
- 2 Einrichtungen soll geschaffen werden.
- 3 Gefördert werden sollen:
  - 4 1. Ein erweitertes Bewegungsangebot, der Erwerb von neuen Sportgeräten und der Ausbau
  - 5 von Trainingsmöglichkeiten, bzw. die Anmietung von Sportstätten.
  - 6 2. Gefördert werden sollen Initiativen, die generationsübergreifende Projekte mit
  - 7 Schulen oder Vereinen anbieten. Ziel dabei soll neben dem Gesundheitsaspekt durch
  - 8 Bewegung auch die Kommunikation zwischen den verschiedenen Generationen sein.
  - 9 3. Gefördert werden soll die Akquirierung und Ausbildung von Anleiter\*innen für den
  - 10 Senioren\*innensport, die kostenfreie und öffentliche Angebote in kleinen Orten
  - 11 vorhalten, in denen Sportverein und Initiativen schwer erreichbar sind.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Landtagsfraktionen

## Antrag SPD 60 plus - GP005: Grundversorgungspflicht der Kommunen

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Die Grundversorgung mit Alten- und Pflegeheimen darf nicht zum Geschäftsmodell
- 2 marktwirtschaftlicher Renditeobjekte werden, sondern ähnlich wie bei
- 3 Kindertagesstätten zu einer Grundversorgungsverpflichtung der Kommunen, die mit
- 4 öffentlichen Mitteln auskömmlich finanziell ausgestattet werden müssen.

### **Empfänger\*in(nen):**

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktionen

## Antrag SPD 60 plus - GP006: Überarbeitung des Pandemieplanes

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Es muss eine Überarbeitung des nationalen Pandemieplanes mit dem Ziel erfolgen, die
- 2 Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Corona-Pandemie einfließen zu lassen, um
- 3 zukünftige Pandemien besser begegnen zu können.
  
- 4 Folgende Punkte sollen dabei beachtet werden:
- 5 1. Die Herstellung von medizinischen Produkten muss innerhalb Deutschlands sowie in
- 6 Europa erfolgen.
- 7 2. Es muss eine strukturierte Vorratsplanung innerhalb Deutschland sowie in Europa
- 8 umgesetzt werden.
- 9 3. Es muss eine personelle Ausstattung im „Öffentlichen Gesundheitsdienst“ sowie in
- 10 den Krankenhäusern erreicht werden, die einer erneuten Pandemie entsprechend begegnen
- 11 kann.
- 12 4. Die Digitalisierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes muss konsequent umgesetzt
- 13 werden.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPE-Fraktion

## Antrag SPD 60 plus - GP007: Nachbesserung der ambulanten Pflegereform

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Die verabschiedeten Änderungen zur Pflegereform im Bereich der ambulanten Pflege
- 2 müssen nachgebessert werden, u.a. sollen folgende Punkte eingefügt werden:
  - 3 1. Die Begrenzung der Eigenanteile an den pflegebedingten Aufwenden in der
  - 4 ambulanten Pflege durch einen prozentualen Leistungszuschlag gestaffelt nach der
  - 5 Dauer der Pflege ab dem 1.1.2022 analog zur stationären Pflege.
  - 6 2. Der Bereitschaftsdienst von Pflegekräften im ambulanten Bereich soll voll
  - 7 bezahlt werden und zwar mindesten zum Mindestlohn und wird über die Pflegekassen
  - 8 abgerechnet.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - GP008: Förderung Pflegegenossenschaften

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Genossenschaften, die eine Pflegeeinrichtung mit öffentlichen Geldern /
- 2 Förderprogrammen erstellen, sollen zur Finanzierung der Pflegegenossenschaft bis zu
- 3 85% als Darlehen bekommen, die bei der Investitionskostenberechnung nicht von den
- 4 Bewohner\*innen über die selbst zu tragenden Pflegekosten zu bezahlen sind.

### **Empfänger\*in(nen):**

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - Kr001: Entwicklung einer EXIT-Strategie für die private Krankenversicherung aus der Krankenvollversicherung

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Kr - Krankenversicherung

- 1 Die SPD wird aufgefordert, eine EXIT-Strategie für die private Krankenversicherung
- 2 aus dem Krankenversicherungsvollgeschäft zu entwickeln. Ziel ist es, die Entwicklung
- 3 einer „Bürger\*innenversicherung“ voranzubringen und die Krankenversicherung in diesem
- 4 Sinne weiterzuentwickeln, auch wenn dies kein aktuelles politisches Vorhaben der
- 5 neuen Bundesregierung ist. Dabei wird der Einfluss der Digitalisierung auf die
- 6 zukünftige Entwicklung der Krankenkassen genutzt.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Parteivorstand

## **Antrag SPD 60 plus - Kr002: Abschaffung der Beitragsbemessungs- und Pflichtgrenze in der gesetzgesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und Pflegeversicherung (GPV)**

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Bezirk Hessen-Nord
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - Kr - Krankenversicherung

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Parteivorstand werden aufgefordert bei einer
- 2 Gesundheitsreform die Abschaffung der Beitragsbemessungs-/ und Pflichtgrenze der GKV
- 3 und GPV zu berücksichtigen.
- 4 In einem ersten Schritt ist die Versicherungspflichtgrenze in der GKV und GPV, nach
- 5 der Arbeitnehmer\*nnen diesen Versicherungen angehören müssen, auf die entsprechende
- 6 Höhe der Gesetzlichen Rentenversicherung anzuheben und deren Definition zu
- 7 übernehmen.

### **Empfänger\*in(nen):**

SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Parteivorstand

## Antrag SPD 60 plus - Soz001: Änderung des SGB XII

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass der
- 2 Barbetrag für Altenheimbewohner\*innen von derzeit monatlich in Höhe von 150,00 €
- 3 (5,00 € je Tag) auf 240,00€ (8,00 je Tag) erhöht und zukünftig alle 5 Jahre
- 4 inflationsbereinigt angepasst wird.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion



## Antrag SPD 60 plus - Soz002: Antworten an Antragsteller im Sozialversicherungsrecht analog beim Krankenversicherungsrecht

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

- 1 Der Gesetzgeber wird beauftragt, ein Gesetz zu beschließen, dass bei den Zweigen der
- 2 Sozialversicherung eine Antwort auf Leistungsanträge innerhalb von 3 Wochen bzw. 5
- 3 Wochen bei Einholung eines Gutachtens erfolgen muss.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - Soz005: Abschaffung der Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten und Direktversicherungen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Bayern
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

- 1 Die Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten und Direktversicherungen muss abgeschafft
- 2 werden.
- 3 In den letzten Jahrzehnten ist das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung
- 4 schrittweise abgesunken. Im Laufe dieser Zeit habe viele Berufstätige selbst
- 5 zusätzlich Vorsorge getroffen. Doch für viele, die schon vor Jahrzehnten in eine
- 6 Betriebsrente oder in eine betriebliche Lebensversicherung eingezahlt haben, kommt
- 7 mit dem Renteneintritt eine böse Überraschung. Bis 2003 waren die Auszahlungen
- 8 beitragsfrei und die Betriebsrenten nur mit dem Arbeitnehmeranteil beitragspflichtig.
- 9 Seit 2004 werden auf die Auszahlungen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag
- 10 fällig. Das führt für die davon betroffenen zu Einbußen von über 20 Prozent.
- 11 Hauptsächlich Direktversicherungen, die vor der Einführung der Doppelverbeitragung
- 12 abgeschlossen wurde, sind davon betroffen.
- 13 Die Doppelverbeitragung bei Direktversicherungen wurde mit dem Gesetz zur
- 14 Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherungen eingeführt. Dieses Gesetz war
- 15 ein Zustimmungsgesetz zwischen der damaligen Bundesregierung (SPD-Grüne) und dem
- 16 Bundesrat. Da nicht eine Abschaffung im Koalitionsvertrag steht, besteht die Sorge,
- 17 es könnte weiter bei der Doppelverbeitragung bleiben. Im Koalitionsvertrag steht,
- 18 dass die betriebliche Altersvorsorge gestärkt werden soll. Das würde u.a. erreicht,
- 19 wenn die Doppelverbeitragung abgeschafft würde.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - Soz007: Kleine Einkommen und Renten noch stärker von der Preisexplosion entlasten

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	überwiesen an 60 plus Buvo als Material (inkl. Soz004 und Soz006)
<b>Antragskommission:</b>	Überweisung an 60 plus Buvo als Material (inkl. Soz004 und Soz006)
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD AG 60 plus begrüßt die von dem Bundesparteivorsitzenden
- 2 angeregte Zielstellung, die enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten für kleine
- 3 Einkommen, kleine Renten und Pensionen sowie für Grundsicherungsempfänger\*innen,
- 4 Auszubildende und Studierende mit weiteren Maßnahmen spürbar zu entlasten.
- 5 Wir fordern, dass Rentner\*innen, Studierenden, Auszubildenden, Soloselbständige mit
- 6 bis zu 5 Angestellten und Erwerbslosen die Energiekostenpauschale von 300 Euro
- 7 ebenfalls und möglichst rasch ausgezahlt wird! Für kleine Einkommen, kleine Renten
- 8 und Pensionen sowie für Grundsicherungsempfänger, Auszubildende und Studierende soll
- 9 zudem ein ergänzender Energiekostenentlastungsbetrag auf den Weg gebracht werden, der
- 10 zudem eine zusätzliche Entlastungskomponente für Kinder enthält.
- 11 Zur Finanzierung sollen im Gegenzug Übergewinne und hier insbesondere spekulative
- 12 kriegsbedingte Gewinne, wie sie derzeit bei den Mineralölkonzernen und
- 13 Energieversorgern erzielt werden, bis zu 100 Prozent besteuert werden. Deren
- 14 entstehende Kosten sind nicht auf die Verbraucher\*innen abzuwälzen.
- 15 In gleicher Weise sollte bei der Rüstungsindustrie verfahren werden.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - R001: Gerechtigkeitsfonds zur Einmalabfindung der Berufs- und Personengruppen der DDR für entgangene Rentenleistungen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Sachsen
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - R - Rentenpolitik

- 1 Das gesamtdeutsche Rentensystem lässt einen Teil der Arbeits- und Lebensleistung  
2 vieler Menschen aus der ehemaligen DDR bis heute unberücksichtigt.  
3 Um diese in der hektischen Wende- / und Nachwendezeit entstandenen Fehler (endlich)  
4 bis zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung zu korrigieren, hatte die SPD im Januar  
5 2018 nachstehenden Originaltext in den Koalitionsvertragsentwurf eingebracht:  
6 „Wir schaffen einen Gerechtigkeitsfonds für jene Menschen, die durch die  
7 Wende- und Nachwendezeit Nachteile erlitten haben. Die Betroffenen, wie z.B.  
8 Krankenschwestern, die ehemaligen Beschäftigten der Braunkohleveredlung, die in der  
9 DDR geschiedenen Frauen oder die ehemaligen Reichsbahner, sollen aus diesem Fonds  
10 eine abschließende Geldzahlung erhalten.  
11 Durch die Zahlung aus dem Fonds würden die Betroffenen für ihre nach 1990 verlorenen  
12 Anwartschaften entschädigt werden.“  
13 Leider konnten wir uns als kleiner Koalitionspartner in den Finalberatungen im  
14 Februar 2018 nicht durchsetzen.  
15 Analog zum Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode, sieht auch der  
16 Koalitionsvertrag der 20. Legislaturperiode erneut nur einen Härtefallfonds vor,  
17 obwohl bekannt ist, dass damit die anstehende Problematik nicht ansatzweise gelöst  
18 werden kann.  
19 Der Runde Tisch der Berufs- und Personengruppen der ehemaligen DDR hat seine  
20 Forderungen am 7. Juni 2019 dem BMAS vorgelegt. In seinem Eckpunktpapier vom  
21 04. September 2020 hat er öffentlich (u.a. MDR) auf die nach wie vor ungelöste  
22 Problematik aufmerksam gemacht:  
23 Zitat:  
24 1. Wir verlangen eine politische Lösung für „ALLE“, die die Lebensleistung der  
25 benachteiligten Betroffenen der Gruppen angemessen anerkennt.  
26 2. Wir werden nicht darüber diskutieren, dass der  
27 „Härtefallfonds/Gerechtigkeitsfonds“ mit Grundrente oder Grundsicherung verrechnet  
28 wird.  
29 3. Unsere Forderungen sind klar definiert:  
30 Eine durchschnittliche Abfindungszahlung/Betroffene in Höhe von 20.000 Euro für die  
31 Berufs- und Personengruppen, die gemäß Einigungsvertrag (EV) und Anspruchs- und  
32 Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) festgeschrieben wurden und deren Rentenlücken  
33 heute noch immer bestehen.

34 4. Der Runde Tisch vertritt zurzeit ca. 500.000 Betroffene und ist bereit an einer  
35 gerechten Umsetzung der politischen Regelung auf Basis seines Vorschlags  
36 mitzuarbeiten.  
37 Wir fordern, dass die SPD ihren Antrag vom Januar 2018 umsetzt.  
38 Die Umsetzung und damit Befriedung der Problematik erachten auch prominente Vertreter  
39 unserer Partei für überfällig. Nachstehend beispielhaft einige Statements zur  
40 Erinnerung:  
41 - Rudolf Dreßler sprach am 26.01.1995 im BT (15. Sitzung der 13. WP) von einem  
42 diskriminierendem Rentenstrafrecht u.a. sagte er:  
43 „Die Fraktion der SPD verlangt nicht mehr und nicht weniger als daß diejenigen, die  
44 in Ostdeutschland Ansprüche aus einem Sonder- oder Zusatzversorgungssystem erworben  
45 haben, nicht schlechter gestellt werden, als jeder Mörder oder Dieb in  
46 Westdeutschland!“  
47 - Ulrike Maschner (u.a. Vorsitzende d. Ausschusses A. u. S. 1994 – 1998);  
48 „Eine biologische Lösung wird es mit uns nicht geben!“  
49 - Frank Walter Steinmeier am 30.01.2015 in seinem Abgeordnetenbüro in Brandenburg:  
50 „Es wird höchste Zeit, dass die Fehler, die in der Hektik der Nachwendezeit  
51 entstanden sind, korrigiert werden!“  
52 - Olaf Scholz am 1.11.2018 am „Küchentisch“ in Leipzig:  
53 „Versäumnisse der hektischen Wende-/Nachwendezeit muss man korrigieren!“  
54 Sehr interessiert nahm er als Finanzminister z. Kts., dass die erforderlichen  
55 Finanzmittel der Reichsbahner beim Bundes-Eisenbahn-Vermögen (BEV) lagern.  
56 - Olaf Scholz am 30.05.2021 auf dem digitalen Ostkonvent der SPD in Halle/S.:  
57 „Natürlich kenne ich die Thematik, es gibt dazu viele gute Ideen, wir brauchen aber  
58 noch ein bis 2 Jahre!“  
59 - Prof. Dr. Peter Danckert am 20.09.2021 auf dem Forum Rentengerechtigkeit im Studio  
60 3 in Leipzig:  
61 „Gerechtigkeit ist aktuell zu erreichen, nicht erst an der Grabstelle!“  
62 Mit den Zeilen 2445 u. 2446 im Koalitionsvertrag der 20. Legislaturperiode fühlen  
63 sich die Betroffenen von der SPD erneut nicht vertreten und dass, obwohl in der 19.  
64 Legislaturperiode von den LINKEN (z.B. DS 19/28432), Matthias Birkwald und der AfD  
65 (z.B. DS 19073), Ulrike Schielke-Ziesing, kompetente sachliche Handlungsempfehlungen  
66 vorgetragen wurden, die mit dem SPD-Entwurf vom Januar 2018 übereinstimmen!

### **Empfänger\*in(nen):**

SPD-Parteivorstand  
SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - R002: Arbeitskreis Erwerbstätigenversicherung

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Bezirk Hannover
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - R - Rentenpolitik

- 1 Wir fordern die Einrichtung eines parteiinternen Arbeitskreises (AK) zum Thema
- 2 Erwerbstätigenversicherung. Der AK soll erarbeiten, wie die Umwandlung der
- 3 gesetzlichen Rentenversicherung unter Berücksichtigung aller Interessen der
- 4 Erwerbstätigen gelingen kann. Die Arbeit soll ergebnisoffen gestaltet werden.
- 5 Das Ergebnis soll noch vor der nächsten Bundestagswahl vorliegen.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Parteivorstand

## Antrag SPD 60 plus - R003: Umgestaltung und Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Rheinland-Pfalz
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - R - Rentenpolitik

- 1 Selbst Durchschnittsverdienende müssen mit einer zu geringen Rente rechnen. Ursache  
2 sind nicht rechtzeitig eingeleitete Reformschritte in der Renten- und  
3 Beschäftigungspolitik. Unser rentenpolitisches Ziel ist es, ein gutes Leben im Alter  
4 zu garantieren und einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Deshalb wollen wir  
5 einen Kurswechsel in der Rentenpolitik mit einem Neuaufbau einer solidarischen  
6 Alterssicherung.
- 7 Vor diesem Hintergrund fordern wir:
- 8 1. Die gesetzliche Rente muss die tragende Säule der Alterssicherung sein.
- 9 Das System der gesetzlichen Alterssicherung ist so umzubauen, dass das Ziel der  
10 Lebensstandardsicherung wieder durch das gesetzliche Rentensystem erreicht und damit  
11 die strukturelle Armut vermieden wird.
- 12 Die bestehenden und zukünftigen vereinbarten Regelungen zwischen Gewerkschaften und  
13 Arbeitgeberverbänden bezüglich Betriebsrente, sollen hier ausdrücklich unberührt  
14 bleiben. Die betriebliche Altersvorsorge soll als Ergänzung gestärkt und ihre  
15 Verbreitung deutlich erhöht werden. Dabei setzen wir auf arbeitgeberfinanzierte  
16 Modelle, die von den Tarifpartnern organisiert und über Tarifverträge abgesichert  
17 werden.
- 18 Die gesetzliche Förderung privater Vorsorge muss überprüft werden. Für bestehende  
19 Verträge soll jedoch der Vertrauensschutz gelten.
- 20 2. Eine Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen
- 21 Der Umbau des Rentensystems hat durch Einbeziehung aller Selbständigen,  
22 Freiberufler\*innen und Beamt\*innen zu erfolgen. Auch Vermögende und deren  
23 Kapitalerträge müssen in einem solidarischen Rentensystem herangezogen werden.
- 24 3. Das Rentensystem solidarisch finanzieren
- 25 • Das Solidarprinzip und damit die volle Parität zwischen Arbeitgeber- und  
26 Arbeitnehmeranteil ist wieder herzustellen.
- 27 • Den derzeit möglichen individuellen Verzicht auf die Rentenversicherungspflicht bei  
28 Mini-Jobs ist zu streichen.
- 29 • Die Absicherung von Arbeitslosigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung ist zu  
30 stärken.
- 31 • Die Beitragsbemessungsgrenze muss überprüft werden.
- 32 • Statt Beitragssatzsenkungen: Aufbau einer Demographie-Reserve. Die Sicherung der  
33 Rentenzahlung ist durch den Aufbau einer Demografie-Reserve zu gewährleisten.

- 34 • Ergänzend zum Aufbau einer Demografie-Reserve muss ein demografiebedingter  
35 Kostenanstieg vorübergehend durch Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung  
36 erfolgen.
- 37 4. Das Niveau der gesetzlichen Rente stabilisieren und mittelfristig anheben  
38 Unser Ziel ist es, das Niveau der gesetzlichen Rente schrittweise wieder anzuheben,  
39 um einen angemessenen, lebensstandardsichernden Rentenanspruch zu gewährleisten.  
40 Als ersten Schritt ist das derzeitige Rentenniveau zu stabilisieren. In einem zweiten  
41 Schritt muss eine deutliche Anhebung erfolgen.
- 42 Die Entwicklung der Renten in der Zukunft muss wieder der Entwicklung aller Einkünfte  
43 folgen.
- 44 5. Solidarrente mit Höherbewertung niedriger Einkommen einführen  
45 Niedrige Einkommen müssen besser bewertet werden. Diese Solidarrente muss deutlich  
46 höher sein als das Sozialhilfeniveau (Grundsicherung).
- 47 6. Gleitende Übergänge in die Rente statt Rente mit 70  
48 Flexible Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand müssen gefördert werden.
- 49 7. Weitere Verbesserungen der Rente wegen Erwerbsminderung werden angestrebt. Die  
50 Berechnungsgrundlage für die Erwerbsminderungsrente ist an das aktuelle  
51 Renteneintrittsalter anzupassen.
- 52 8. Ausfallzeiten bei der Erwerbsbiografie besser bewerten  
53 • Für Erziehungs- und Pflegeleistung verdienen diejenigen, die diese Leistungen  
54 erbringen, eine angemessene Berücksichtigung bei der Rente.  
55 • Entsprechend erfolgt eine rentenrechtliche Bewertung von Aus- und  
56 Fortbildungszeiten.
- 57 9. Versicherungsfremde Leistungen solidarisch und gerecht über Steuermittel  
58 finanzieren.
- 59 Es entspricht der rentenpolitischen Beschlusslage der SPD, alle versicherungsfremden,  
60 aber sozial notwendige Leistungen über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren.  
61 Dazu gehören zum Beispiel: einheitliche Mütterrente, Ost-West Angleichung,  
62 Erziehungs- und Pflegeleistungen.
- 63 Es darf keine Finanzierung dieser Leistungen über die Rentenbeiträge geben.

### **Empfänger\*in(nen):**

SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Parteivorstand



## Antrag SPD 60 plus - D001: Novellierung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 1. Bei der anstehenden Novellierung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) wird gefordert –
- 2 durch Rechts- oder Verwaltungsverordnung – die nach dem OZG zur Errichtung von
- 3 Verwaltungsportalen Verpflichteten mit einer jährlichen Berichtspflicht über die
- 4 tatsächlich in ihrem Zuständigkeitsbereich eingerichteten Portale und deren Nutzung
- 5 zu belegen.
- 6 Der Bericht ist gegenüber dem zuständigen Bundesministerium (der Justiz) zum Stichtag
- 7 31.12. jeden Jahres abzugeben.
- 8 2. Bei allen Verwaltungsstellen der Gemeinden, die zur Einrichtung von
- 9 Verwaltungsportalen nach dem OZG verpflichtet sind, ist in Ausführung des OZG eine
- 10 Digitale Ombudsstelle zu schaffen, die als „analoge Anlaufstelle“ der digitalen
- 11 Verwaltung zu den Öffnungs- bzw. Sprechzeiten der Gemeinden tagsüber telefonisch
- 12 erreichbar ist.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - D002: Ältere und Digitalisierung

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 Die AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, von der Bundesregierung einen
- 2 jährlichen Evaluierungsbericht zur Umsetzung und Weiterentwicklung des Achten
- 3 Altersberichts zum Thema "Ältere Menschen und Digitalisierung" einzufordern und in
- 4 den zuständigen Fachausschüssen vorzulegen.
- 5 Die 60plus Landesverbände werden gebeten, bei den jeweiligen Landtagsfraktionen ein
- 6 entsprechendes Vorgehen bezogen auf die Aktivitäten in den jeweiligen Bundesländern
- 7 und in den Kommunen zu erwirken.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion  
SPD 60 plus Landesverbände

## Antrag SPD 60 plus - D003: Flächendeckend kostenfreies WLAN für Pflegeheimbewohner

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Brandenburg
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 Der Bundesvorstand SPD 60plus wird aufgefordert, gegenüber dem Parteivorstand und den
- 2 SPD-Mitgliedern der Bundesregierung darauf zu dringen, dass sie sich gegenüber den
- 3 Pflegeheimbetreibern dafür stark machen, in den Pflegeheimen bundesweit kostenfreies
- 4 WLAN für die Heimbewohner verfügbar zu machen. Der Bund hat dazu ein Förderprogramm
- 5 aufgelegt, das Einrichtungen bis zum Ende 2023 für die Einrichtung und Schulung mit
- 6 bis zu 12.000 Euro bezuschusst. Dies ist ein ausreichender Grund, sich von
- 7 Bundesebene stärker zu engagieren und das Förderprogramm dauerhaft zu verlängern.
- 8

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Parteivorstand  
SPD-Mitglieder der Bundesregierung  
SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - D004: Weitere Schritte zu digitaler Teilhabe

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Bezirk Hannover
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 Die Bundesregierung wirkt daraufhin, dass in allen Bereichen altengerechte Software-
- 2 Ergonomie eingesetzt wird.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - D005: Ausbau digitaler Unterstützungsstrukturen für Ältere

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Bezirk Hessen-Nord
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 Die Bundes- und Landtagsfraktionen der SPD werden aufgefordert, sich dafür
- 2 einzusetzen, dass verbindliche Rahmenbedingungen zum Ausbau digitaler
- 3 Unterstützungsstrukturen für ältere Menschen, besonders in Alten- und Pflegeheimen,
- 4 geschaffen werden. Für die älteren Menschen, die nicht mehr die neuen Medien bedienen
- 5 können, ist eine Unterstützung durch geeignetes Fachpersonal unabdingbar, das neben
- 6 dem Pflegepersonal tätig werden muss. Hierfür sind die entsprechenden Mittel und Zeit
- 7 zur Verfügung zu stellen. Für die Unterstützung Älterer bei der Nutzung des Internets
- 8 ist dafür ausgebildetes zusätzliches Personal bereitzustellen.

### **Empfänger\*in(nen):**

SPD-Bundestagfraktion  
SPD-Landtagsfraktionen

## Antrag SPD 60 plus - D006: Digitale Kompetenz

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 Im Rahmen der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sollen finanzielle Mittel
- 2 eingeplant und später auch eingesetzt werden, um die ältere Bevölkerung durch
- 3 niedrigschwellige altengerechte Schulungen in den Kommunen für die Nutzung der
- 4 digitalen Techniken zu befähigen.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktionen

## Antrag SPD 60 plus - Re001: Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

- 1 Das AGG (Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz) ist im August 2006 in Kraft getreten und
- 2 durch ein Begleitgesetz vom April 2013 geändert worden.
- 3 Die Empfänger des Antrages werden aufgefordert, sich für eine erweiterte
- 4 Gleichbehandlungsrichtlinie einzusetzen und gesetzliche Initiativen zu veranlassen.
- 5 Die bestehende Charta der Grundrechte der EU und die Gleichbehandlungsrichtlinie für
- 6 den Bereich „Beschäftigung“ reichen in der existierenden Fassung nicht aus, ältere
- 7 Menschen außerhalb der Arbeitswelt in den europäischen Staaten vor Diskriminierung zu
- 8 schützen.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - Re002: Altersdiskriminierung im Bereich der Finanzinstrumente

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Bezirk Hessen-Süd
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

- 1 Die AG SPD 60 plus fordert die Altersdiskriminierung in den verschiedensten
- 2 Lebensbereichen entschieden zu bekämpfen. Insbesondere im Bereich der
- 3 Finanzinstrumente bestehen zurzeit deutliche Defizite, die auszugleichen sind.
- 4 Hierzu zählen:
- 5 a) Bargeldversorgung
- 6 b) Kartennutzung
- 7 c) Kreditausreichung/Darlehen
- 8 d) Beratung
- 9 e) Schufa Score
- 10 Die AG SPD 60 plus fordert die Bundesregierung auf, nach Lösungen zu suchen, Angebote
- 11 auch der Privatwirtschaft zu unterstützen und die Rahmenbedingungen, die hierzu
- 12 führen, zu beseitigen.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion



## Antrag SPD 60 plus - Re003: Herstellung der Entscheidungsfreiheit des Menschen am Ende des Lebens

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Bezirk Hessen-Süd
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

- 1 Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Recht des Einzelnen auf
- 2 selbstbestimmtes Sterben wird unverzüglich und ohne weitere Barrieren (Warte-
- 3 /Beratungsprozeduren etc.) vom Deutschen Bundestag in bundesdeutsches Recht
- 4 umgesetzt.

### **Empfänger\*in(nen):**

SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Parteivorstand

## Antrag SPD 60 plus - Re004: Beweisumkehr finanzieller Mittel

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

- 1 In Deutschland soll eine Beweislastumkehr finanzieller Mittel nach dem Vorbild
- 2 Italiens eingeführt werden.
- 3 Die Gesetze gegen Geldwäsche müssen entsprechend angepasst werden.
- 4 Die Herkunft von hohen Summen (siehe Italien) muss vom Geldinhaber bewiesen werden,
- 5 nicht vom Kläger\*innen bzw. Staat.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - Re005: Unnötige Inhalts- und Zusatzstoffe

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

- 1 Es sollen Maßnahmen, z. B. in Form eines Gesetzes ergriffen werden, die auf eine
- 2 Abschaffung unnötiger oder ungesunder Inhalts- und Zusatzstoffe in Lebensmitteln
- 3 (häufig in sogenannten Fertigprodukten) hinwirkt.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - E001: Abrechnungssystem Ladesäulen

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

- 1 Die Ladesäulen für E-Autos sollen auch EC- und Kreditkartentauglich sein.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - E002: Landstromverpflichtung

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

- 1 Gewerbliche Schiffe dürfen nur noch in Häfen anlegen, wenn sie Landstrom verwenden.
- 2 Innerhalb einer festzulegenden Frist gilt diese Landstromverpflichtung auch für die privat genutzten Schiffe.
- 3
- 4 Die Verbrennungsmotoren müssen während der Liegezeit abgeschaltet werden.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - E003: Schnell-Ladesäulen

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

- 1 Für E-Autos müssen zukünftig mehr öffentliche Ladesäulen und insbesondere „Schnell-
- 2 Ladesäulen“ errichtet werden.

### **Empfänger\*in(nen):**

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - E004: Windenergie effektiver nutzen

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

- 1 Es ist notwendig, dass Windenergieanlagen (WEA) effektiver genutzt werden, und zwar:
- 2 1. Windenergieanlagen dürfen nur noch bei Wartungsarbeiten, aus Reparaturgründen und
- 3 witterungsbedingten Gründen abgeschaltet werden.
- 4 2. Die Netzbetreiber werden verpflichtet, überschüssige Energie mit den diversen
- 5 Möglichkeiten zu speichern.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - E005: Sicherung der Energieversorgung

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

- 1 Wir fordern ein Konzept zur Sicherung der Energieversorgung mittels der verschiedenen
- 2 Energieträger. Zudem soll die Preisfindung neu geregelt werden.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion



## Antrag SPD 60 plus - W001: Forderung nach ordnungspolitischen Maßnahmen

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Bayern
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - W - Wirtschaftspolitik

- 1 Wir fordern, sehr schnell ordnungspolitische Regelungen zu entwickeln und am besten
- 2 EU-weit abgestimmt zu erlassen, wie dies der Bundesvorsitzende der AG SPD 60plus
- 3 Lothar Binding auch gefordert hat, damit Kriegsgewinnlern das Handwerk gelegt werden
- 4 kann.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPE-Fraktion

## Antrag SPD 60 plus - W002: Überführung von Unternehmen der Daseinsvorsorge mit Energie und Wasser in Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligungen der Gebietskörperschaften

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Rheinland-Pfalz
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - W - Wirtschaftspolitik

- 1 Überführung von Unternehmen der Versorgung mit Gas, Strom, Öl, Wasser, der
- 2 Netzbetriebe und Speicher, die der Daseinsvorsorge der Bevölkerung unseres Landes
- 3 dienen, in Unternehmen mit qualifizierten Beteiligungen der Gebietskörperschaften in
- 4 der Bundesrepublik Deutschland.
- 5 Unternehmen der Privatwirtschaft können ihren Bedarf an Energie und Wasser von
- 6 privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen beziehen.
- 7 Im Krisenfall hat eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung wie bisher Vorrang.

### Empfänger\*in(nen):

60plus Bundesvorstand  
SPD-Parteivorstand  
SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - V001: Um die Klimaschutzziele zu erreichen brauchen wir endlich die Verkehrswende

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Sachsen
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Antragskommission:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik

- 1 Wir brauchen die Verkehrswende – hin zu mehr Schiene und Bus anders kann der  
2 Klimawandel nicht bewältigt werden.
- 3 Begründung:
- 4 1. Sachstand
- 5 Obwohl der Club of Rom bereits 1972 vor dem zu erwartenden Menschen beeinflussten  
6 Klimawandel gewarnt hat, wurde in der BRD am 1.01.1994 die Bahnreform gegen den  
7 Widerstand der sachkundigen Eisenbahner etc. durchgezogen.  
8 Die Befürworter (CDU/CSU, Die GRÜNEN u. FDP) versprachen – Mehr Verkehr auf der  
9 Schiene zu marktüblichen Preisen – resultierend aus den nunmehr Wettbewerb-  
10 Unternehmer Anbieter.
- 11 Fazit:
- 12 Die DB und die NE-Bahnen können wegen fehlender Infrastruktur (z.T. verursacht durch  
13 Rationalisierungsmaßnahmen) keine Verkehrswende, wie aktuell jetzt in den Medien fast  
14 täglich gefordert, (Stichwort Bahn Bashing) realisieren. Es ist zwar in den  
15 vergangenen Jahren bei der Infrastruktur ein erstes Umsteuern erkennbar. Dennoch  
16 besteht z.B. bei der Schienen-Infrastruktur ein Investitionsstau von rund 60  
17 Milliarden Euro. Was jedoch aktuell auf dem Tisch liegt ist ernüchternd. Für die  
18 Bundesschienenwege sind es 9,6 Milliarden, 2021 waren es noch 12,3 Milliarden.
- 19
- 20 2. Die Verkehrswende
- 21 Der ÖPNV, der SPNV und der SGV haben eine deutlich bessere Ökobilanz als der  
22 motorisierte Individualverkehr und der Straßengüterverkehr, hier ersetzt ein Güterzug  
23 120 LKW-Fahrten.
- 24 Die grundsätzliche Voraussetzung dafür ist die schnellstmögliche Sanierung des  
25 Schienennetzes, aber auch die Infrastrukturteile wie Personal, Fahrzeuge,  
26 Verkehrsangebote (Stichwort: z.B. 365-Euro-Ticket) Strukturreform der Aufgabenträger  
27 (z.B. Abschaffung der variantenreichen Ländertickets) etc. Jetzt ist es endlich an  
28 der Zeit, diese Themen weiter voranzubringen.

**Empfänger\*in(nen):**

SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - V002: LKW Überholverbot

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD AG 60plus fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der
- 2 Bundestagsfraktion auf, sich für ein Überholverbot für LKW auf allen zweispurigen
- 3 Autobahnen und Bundesstraßen einzusetzen.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - V004: Tempolimit jetzt

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die
- 2 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich für ein bundesweit
- 3 einheitliches Tempolimit von 120km/h auf Autobahnen einzusetzen, um deutliche CO2-
- 4 Einsparungen zu ermöglichen.
- 5

### **Empfänger\*in(nen):**

SPD-Bundestagsfraktion  
sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung

## Antrag SPD 60 plus - V005: Gefahrlose Querung von Straßen

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik

- 1 Das Überqueren von Straßen, die mit Lichtzeitanlagen geregelt werden, müssen
- 2 folgende Punkte erfüllen:
- 3 1. Die Grünphasen müssen dem Zeittempo von Älteren, Gehbehinderten und Kleinkindern
- 4 angepasst, d.h. länger eingestellt werden.
- 5 2. Es sind behindertengerechte Hilfen vorzuhalten, wie z.B. ein Signal für
- 6 Sehbehinderte sowie taktile Leitsysteme.
- 7 3. Alle Übergänge müssen barrierefrei geschaffen werden.

### **Empfänger\*in(nen):**

SPD-Landtagsfraktionen

## Antrag SPD 60 plus - St003: Schluss mit der Versteuerung von selbsterzeugtem Photovoltaikstrom auf den Anteil von eigengenutztem Strom

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - St - Steuerpolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die
- 2 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass
- 3 die Besteuerung des Eigenbedarfs von Strom aus Photovoltaikanlagen mit einer Leistung
- 4 bis zu 15 kWpeak abgeschafft wird.
- 5 Gleichzeitig fordern wir von der Bundestagsfraktion, dass sie sich dafür einsetzt,
- 6 dass staatliche Zuschüsse oder Fördermittel für die Erstellung von privaten
- 7 Photovoltaikanlagen und Stromspeichern kurzfristig zur Verfügung gestellt werden.
- 8 Die Energien, die durch Privathaushalte ins öffentliche Netz eingespeist werden,
- 9 sollen 1:1 durch eine "cloud" abgesichert werden. (1.000 kwh rein und 1.000 kwh
- 10 zurück, kostenneutral)

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion



## Antrag SPD 60 plus - A001: Resolution zum Krieg Russlands gegen die Ukraine

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Bezirk Hessen-Süd
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - A - Außenpolitik

- 1 Die Delegierten der Bundeskonferenz SPD 60 plus verurteilen den völkerrechtswidrigen
- 2 Krieg Russlands gegen die Ukraine.
- 3 Oberstes Ziel aller politischen Bemühungen muss es sein, die Kriegshandlungen zu
- 4 beenden, die Zivilbevölkerung zu schützen und zu unterstützen, sowie die politische
- 5 und territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen.
- 6 Im Rahmen demokratischer Strukturen und Verfahren hat jedes Volk im Rahmen des
- 7 Selbstbestimmungsrechtes der Völker die Kompetenz, seine Angelegenheiten autonom und
- 8 unbeeinflusst zu gestalten. Angriffskriege gehören nicht in das Handlungsarsenal
- 9 zivilisierter Staaten und ihre Ablehnung und Diskreditierung bleiben wichtig und
- 10 richtig.
- 11 Wir unterstützen einen besonnenen Kurs der SPD-Bundestagsfraktion und des
- 12 Bundeskanzlers, Schaden auch in der Sanktionspolitik und den Waffenlieferungen von
- 13 uns abzuwenden, eine Kriegsbeteiligung unter allen Umständen zu vermeiden und
- 14 humanitäre Hilfe zu leisten.
- 15 Anstrengungen zur Deeskalation und Friedensförderung sollten allerdings verstärkt,
- 16 Waffen- und Kriegsrhetorik zurückgewiesen werden. Arbeiten und Vorschläge für
- 17 europäische Lösungen zu Friedenssicherung und Abrüstung verdienen mehr Anstrengungen
- 18 und Lautstärke. Ein Mehr an Rüstung und eine größere NATO schaffen noch keine
- 19 Friedensperspektive.
- 20 Die Außen- und Friedenspolitik der SPD in den zurückliegenden Jahrzehnten muss sich
- 21 nicht verstecken. Sie hat dem Kontinent die längste historische Phase in der jüngeren
- 22 Geschichte beschert. Auch der Vorwurf des Zauderns in der Frage von Waffenexporten
- 23 und -lieferungen ist offensiver zurückzuweisen. Besser Nachdenken und besonnen
- 24 Handeln als durch unbedachten Aktionismus in kriegerische Aktionen hinein zu
- 25 stolpern. Soweit wir die Stimmungen in der Bevölkerung wahrnehmen, wird dieser Kurs
- 26 auch mehrheitlich in der Bevölkerung getragen.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Parteivorstand

## Antrag SPD 60 plus - UB001: Innenstädte für Folgen des Klimawandels umbauen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Brandenburg
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - UB - Umweltpolitik/Baupolitik

- 1 Der Bundesvorstand SPD 60plus wird aufgefordert, gegenüber dem Parteivorstand und den  
2 Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion darauf zu dringen, dass die Anpassung der  
3 Innenstädte an die Folgen des Klimawandels größere Priorität erhält. Da Länder und  
4 Kommunen die dafür erforderlichen Maßnahmen nicht allein werden stemmen können und  
5 eine große Dringlichkeit gegeben ist, sollte es entsprechende Förderprogramme des  
6 Bundes für den Stadtumbau unter Klimagesichtspunkten geben.  
7 Dafür gibt es beispielsweise folgende erfolgreiche Modelle, deren großflächige  
8 Umsetzung lohnen kann:
- 9 1. Schwammstadt  
10 Die Kanalisation in den Metropolen ist bei Starkregen in der Regel überfordert.  
11 Regenwasser sollte möglichst dort, wo es fällt versickern und verdunsten. Dafür  
12 bieten sich unter anderem Gründächer, künstliche Teiche, Versickerungsmulden, sowie  
13 die Begrünung der Hausfassaden an. Aufgefangenes Regenwasser kann für die  
14 Toilettenspülung eingesetzt werden. Wie viele Dächer überhaupt statisch für  
15 Dachbegrünung geeignet sind, wird bisher nicht erhoben. Egal ob auf Dächern oder am  
16 Boden, durch kühlende Verdunstung erhöht sich die Lebensqualität in der Stadt.  
17 In einem ersten Schritt sollte in Abstimmung mit den Bundesländern die Erhebung der  
18 für diese Maßnahmen geeigneten Flächen erfolgen.
- 19 2. Fernkälte  
20 Fernkälte ist so etwas wie Fernwärme, nur umgekehrt. Statt heißem Wasser fließt  
21 kaltes Wasser durch die Rohre. Die Kälte wird an zentralen Orten energieeffizient  
22 erzeugt. Damit lassen sich die energiefressenden dezentralen Klimaanlage vermeiden.  
23 Ein direkter Beitrag zur Klimaverbesserung in der Stadt.  
24 Auch hier wäre sinnvoll, in einem ersten Schritt die dafür geeigneten Netze zu  
25 erfassen.
- 26 3. Bauordnungen  
27 Die Bauordnungen sind entsprechend zu ändern und zu harmonisieren.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - S001: Konzentration der Bundesministerien

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen, 60plus Landesverband Sachsen
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - S - Sonstige

- 1 Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus setzt sich dafür ein, dass die Bundesministerien,
- 2 deren Sitze sich zurzeit noch in Berlin und Bonn befinden, in Berlin konzentriert
- 3 werden. Es wird Zeit, dass 32 Jahre nach der Wiedervereinigung und 22 Jahre nach dem
- 4 Umzug des Bundestages nach Berlin das Zugeständnis an die ehemalige Bundeshauptstadt
- 5 Bonn überprüft bzw. aufgegeben wird.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - S002: Flächendeckendes 5G Netz

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - S - Sonstige

- 1 In der Bundesrepublik Deutschland soll ein flächendeckendes 5G-Netz gebaut werden.
- 2 Es darf keine Gebiete mehr geben in denen Mobilfunkempfang bzw. Datenempfang für
- 3 mobile Daten nicht besteht. Jeder muss mindestens über den 4G-Standard überall in der
- 4 Bundesrepublik Deutschland erreichbar sein.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - S 004: Verbot der Leistungseinstellung und Kündigung von Versorgungsverträgen durch Energieversorger

Antragsteller*in:	60plus Köln
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - I - Initiativanträge

- 1 Die AG 60 plus in der SPD fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf , sich für ein
- 2 sofortiges, zeitlich begrenztes Verbot der Leistungseinstellung und Kündigung von
- 3 Versorgungsverträgen durch Energieversorger ohne vorheriges Mediationsverfahren bei
- 4 Zahlungsverzug von Energiebezieherinnen und Energiebeziehern einzusetzen. Das
- 5 Kündigungsverbot soll sofort in Kraft treten und zunächst für die Jahre 2022 bis 2024
- 6 gelten. Entsprechend nachgewiesene Verluste sollen betroffenen Versorgern auf
- 7 Nachweis direkt aus Steuermitteln erstattet werden.

### Empfänger\*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag SPD 60 plus - S 005: Realisierung Wahlrechtsreform

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Rheinland-Pfalz
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	SPD 60 plus - I - Initiativanträge

- 1 Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die
- 2 ausstehende Wahlrechtsreform in der laufenden Legislaturperiode zu realisieren und
- 3 insbesondere die Mandate auf die grundsätzliche Regelung zu begrenzen